Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 22. April 1886. Nr. 189.

Deutschland.

Berlin, 21. April. Der Kronprinz ist, wie wir erfreulicher Weise mittheilen können, so weit wiederhergestellt, daß mit Rücksicht auf sein auch heute zu konstatirendes Wohlbefinden fortan Bulletins nicht mehr ausgegeben werden.

— In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde beschlossen, die Verlängerung der Frist für die Entrichtung kreditirter, im laufenden Monat fälliger Rübenzuckersteuer um drei Monate zu gestatten.

— Ueber die Abreise des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruhe ist noch nichts Bestimmtes festgesetzt, jedoch sind alle Vorbereitungen so getroffen, daß die Reise jeden Augenblick erfolgen kann. Die Rückkehr von Friedrichsruhe soll bald nach Ostern und jedenfalls mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten erfolgen.

— Der zum General-Konsul für Kalkutta ernannte Reichstags-Abgeordnete Wirkliche Legationsrath Gerlich wird bereits am 30. April Berlin verlassen. Herr Gerlich begiebt sich zunächst nach Hamburg, um noch mit den dortigen Exportfirmen Besprechungen abzuhalten. Dann nimmt derselbe einen mehrtägigen Aufenthalt in London, um die daselbst eröffnete indische Ausstellung zu besichtigen, und darnach erst wird die Fahrt nach Ostindien angetreten.

— In Sachen der bairischen Zivilliste hat sich den Münchener „Neuest. Nachr." zufolge der Hofsekretär des Prinzen Ludwig Ferdinand von Baiern nach dem „Sitze eines mitteldeutschen Fürstenhofes" begeben, um dort eine Anleihe für den König von Baiern zu Stande zu bringen. Als diesen Fürstensitz glaubt man Dessau vermuthen zu dürfen, wo bekanntlich auch Baron von Cohn seinen Wohnsitz hat, der für den Abschluß finanzieller Geschäfte mit hochstehenden Personen Erfahrungen besitzt und Vertrauen genießt.

— In Barcelona hat, wie der „Independance Belge" aus Madrid telegraphisch gemeldet wird, am 19. April eine republikanische Kundgebung stattgefunden. Zu Ehren des ehemaligen Präsidenten der Republik Salmeron und des ehemaligen republikanischen Finanzministers Figuerola wurde ein Banket veranstaltet, an welchem zahlreiche Anhänger der beiden Staatsmänner theilnahmen. Bereits auf der Eisenbahnstation wurde den Beiden beim Empfange eine enthusiastische Ovation zu Theil, bei welcher vielfach der Ruf: „Es lebe die republikanische Koalition! Es lebe Ruiz Zorrilla!" vernommen wurde. Der Zug, der aus vielen tausenden von Personen und einer großen Anzahl Wagen bestand, bewegte sich demnächst unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!" durch die Hauptstraßen Barcelona's. Die Truppen waren in den Kasernen konsignirt, ohne daß jedoch die öffentliche Ordnung gestört worden wäre und ein Tumult das Einschreiten des Militärs nothwendig gemacht hätte. Die spanische Presse beschäftigt sich inzwischen an erster Stelle mit der Ermordung des Bischofs von Madrid. Der „N.-Ztg." geht noch nachstehender eingehender Bericht zu:

Madrid, 18. April. Die Politik ist für einige Tage durch die Schreckensthat in der Kathedrale der Hauptstadt in den Hindergrund gedrängt worden. Um 10¼ Uhr wurde der Bischof von Madrid, Cesarino Gonzalez wie bereits telegraphisch gemeldet, von einem Geistlichen der Kathedrale am Hochaltar, als eben die Palmsonntagsmesse beginnen wollte, mit drei Revolverschüssen niedergestreckt. Der Greis wurde in schwerer Lebensgefahr von den blutgetränkten Stufen des Altars fortgetragen. Der Mörder, ein starker Mann von 40 Jahren, bewahrt eine cynische Kaltblütigkeit. Er behauptet, das Verbrechen begangen zu haben, um seine Ehre zu rechtfertigen. Ein Geistlicher, der seine Ehre durch den Mord seines Bischofs vor dem Altare reinigt! Die Entrüstung der die Kirche füllenden Masse war so groß, daß der Mörder durch die Polizei geschützt werden mußte. Es heißt, das Verbrechen sei aus Rachsucht geschehen, weil ein Neffe des Bischofs eine Stellung erhalten haben soll, die nach Meinung des Priesters Gagetano Cotilla ihm zugekommen wäre. Die Politik scheint der Sache durchaus fernzuliegen, obwohl bekannt ist, daß der Liberalismus des unglücklichen Bischofs diesem in der Geistlichkeit, die hier in Spanien vielfach karlistisch ist, zahlreiche Feinde macht. Cesarino Gonzalez verdankt der Revolution seine Erhebung; 1869 wurde er als Deputirter in die konstituirenden Kortes gewählt, wo er Gelegenheit hatte, seine große Beredtsamkeit und gediegenen Kenntnisse im Interesse des Katholizismus zu verwerthen, der sich damals gegen die steigenden Fluthen der Revolution zu vertheidigen hatte. 1873 machte ihn Castelar zum Bischof, zum großen Aergerniß der Republikaner und zum noch größeren der Klerikalen, die es dem Bischof nie verziehen haben, daß er aus den Händen eines Präsidenten der Republik seinen Bischofshut empfangen hatte.

Der Zustand der Königin soll sich durch die mitgetheilte Schreckensnachricht verschlimmert haben. Man glaubt in ministeriellen Kreisen, daß die erste Kortessession ohne Thronrede beginnen werde, die politische Debatte wird indessen stattfinden, an welcher sich Castelar, Salmeron und vielleicht auch Pi y Margall betheiligen werden. Im Oktober oder November wird voraussichtlich die Thronrede die 2. Session einleiten und dann soll auch das Garantiegesetz den Kortes vorgelegt werden, welches im Wesentlichen bezweckt, die Verfassung von 1876 dem Geiste derjenigen von 1869 zu nähern, wodurch Sagasta den Radikalen seiner Partei, besonders Montero Rios, entgegenkommt und die drohende Ministerkrisis zu beschwören hofft.

— Am 1. Dezember 1885 wurden nach der „Stat. Korr." laut Mittheilung des Stadt- und Landamtes zu Lübeck in den vier Quartieren der Stadt Lübeck 16,981 männliche und 18,652 weibliche, in den drei Vorstädten 9606 bezw. 10,160, im Städtchen Travemünde 795 bezw. 871, in den fünf Landbezirken mit 49 Landgemeinden 5310 bezw. 5283 Ortsanwesende gezählt. Gegen 1880 ergab sich für die alte Hansestadt eine Vermehrung um 1060 Personen oder 3,07 pCt. und für ihre Vorstädte um 3284 oder 19,92 pCt., für das übrige Staatsgebiet hingegen eine Verminderung um 257 oder 2,05 pCt. Die Zahl der Haushaltungen stieg im ganzen Staate um 1237 auf 15,839 und die der ortsanwesenden Bevölkerung um 4087 Personen oder 6,43 pCt. auf 67,658; hierunter sind 228 Mann Besatzung von 30 Schiffen gegen 305 Mann auf 42 Schiffen und Baggern im Jahre 1880 begriffen.

Um die Bevölkerung der lübeckischen Exklaven festzustellen, bietet die neueste Mittheilung einiges Material nur für den aus 5 Stücken bestehenden Ritzerauer Landbezirk im Südwesten dar, während man betreffs der drei etwa die Hälfte des Holstenthorbezirks ausmachenden Exklaven im Nordwesten und des zur Gemeinde Stecknitz im Mühlenthorbezirke gehörigen Ortes Klein-Grönau theils auf die Veröffentlichung der 1880er Resultate, theils auf das 1878 erschienene letzte (IV.) Heft der „Statistik des Lübeckischen Staates" zurückgreifen muß.

Die ortsanwesende Bevölkerung der neun vom Hauptgebiete getrennten Stücke des Landes betrug

in den Gemeinden	1871	1875	1880	1885
Malkendorf . . .	146	153	139	—
Kurau und Dissau .	584	533	512	—
Krumbeck	163	146	155	—
Sierksrade u. Düchelsdorf	348	339	311	2613
Behlendorf, Albsfelde, Giesensdorf, Harmsdorf und Hollenbeck	744	713	766	
Ritzerau, Nusse und Poggensee . . .	1019	954	1038	
Groß- und Kleinschretstaken	316	331	322	
Tramm	227	201	217	
Stecknitz Theil (Klein-Grönau) . . .	36	35	—	—

Die bamburgische Volkszählung ergab gegen 1880 für die innere Stadt Hamburg eine Verminderung der Bevölkerung um 4 pCt., während in den übrigen Verwaltungsgebieten des Staates eine ansehnliche Vermehrung — in den jenseits der Vorstädte belegenen Vororten sogar um 37,5 pCt. — eingetreten ist. Nach vorläufiger Aufrechnung beträgt die Zahl der Ortsanwesenden in der inneren Stadt 163,977 gegen die fünf Jahre zuvor ermittelten 170,875, in der Vorstadt St. Georg 73,343 statt 59,832, in St. Pauli 64,720 gegen 55,882, in den städtischen Vororten 165,411 gegen 120,268, und in den Häfen 3960 gegen 3270. Hierzu kommen im Landgebiete 47,301 gegen 43,742, so daß die Gesammtbevölkerung des hamburgischen Staates auf 518,712 Ortsanwesende gestiegen ist, das sind 64,843 Personen oder 14,3 pCt. mehr als im Jahre 1880.

Im bremischen Staate endlich waren 1871 122,402, 1875 142,200, 1880 156,723 Ortsanwesende ermittelt worden; die vorläufige Zählung für den 1. Dezember 1885 weist 166,392 Personen auf, was eine Zunahme um 6,17 pCt. gegen 10,21 pCt. im voraufgegangenen Jahrfünfte ergiebt.

— Nach einer dem „Hamb. Korr." aus Fulda zugekommenen Mittheilung soll Bischof Dr. Kopp mit der Ausarbeitung eines Memorandums (in lateinischer Sprache) beschäftigt sein, welches die kirchenpolitische Situation in Preußen nach den bekannten Herrenhaus-Beschlüssen klar legen und schon in den nächsten Tagen der Kurie unterbreitet werden soll. Nach einer anderen Version wird Dr. Kopp sich nach Rom begeben, um über seine Mission Bericht zu erstatten. Auch der preußische Gesandte beim Vatikan, Herr von Schlözer begiebt sich zum Osterfeste von hier wieder nach Rom zurück. Verhandlungen über eine weitere Revision der Maigesetze, wie sie von der Kurie zur Bedingung für die Gewährung der ständigen Anzeige gemacht wurden, sind nach neuerer Mittheilung frühestens zum Herbst zu erwarten.

— Wiederholt ist von dem Plane der Errichtung einer orientalischen Akademie die Rede gewesen. Die Sache nimmt jedoch sehr langsamen Fortgang. Der Schwierigkeiten, heißt es, sind so mannigfaltige, daß der Entwurf dazu erst in einer späteren Session erscheinen dürfte.

— Der Export aus Norddeutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich, wie die „Nat nal-Ztg." erfährt, in dem ersten Vierteljahr dieses Jahres gegen das erste Vierteljahr 1885 in ganz bedeutender Weise gehoben. Im 1. Quartal 1885 betrug er aus Norddeutschland — d. h. den zu dem General-Konsulat Berlin ressortirenden Konsulatedistrikten — 8,878 077 Doll. In diesem Quartal (1886) stieg er auf 11,248 318 Doll., hat also um 2.570,240, d. h. mehr als 10½ Mill. Mark zugenommen. Es ist bemerkenswerth, daß an dieser Zunahme sämmtliche Konsulate partizipiren. Die Zunahme beträgt von Annaberg 373,788 Doll., Berlin 177,092 Doll., Bremen 51,776 Doll., Breslau 7803 Doll., Braunschweig 443,149 Doll., Chemnitz 476 894 Doll., Dresden 111,668 Doll., Hamburg 772,780 Doll, Leipzig 129,629 Doll. und Stettin 25,707 Doll. Es unterliegt, wie das genannte Blatt ferner aus zuverlässiger Quelle hört, keinem Zweifel, daß die Zunahme in Westdeutschland (Krefeld, Köln u. s. w.) und in dem General-Konsulat Frankfurt a. M., welches ganz Süddeutschland umfaßt, eine entsprechend gleich große ist, und es wird hinzugefügt, daß das erste Quartal des Jahres stets das schwächste Exportquartal ist. Demnach sind die Aussichten für dieses Jahr überhaupt günstige, und dies um so mehr, als die Ursache der größeren Aufträge an Deutschland in dem unverhältnißmäßigen Steigen der Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten liegen soll.

— Am 6. Mai wird in Berlin eine außerordentliche Sitzung der Eisenbahntarifkommission und des Ausschusses der Verkehrsinteressenten stattfinden, die sich mit der Vorlage des preußischen Eisenbahnministeriums behufs Einführung einer ermäßigten Stückgutklasse für eine Anzahl landwirthschaftlicher Produkte und für Artikel der Eisenindustrie beschäftigen soll. Bekanntlich wurde dieses Thema schon in der letzten Hamburger Sitzung der Eisenbahntarifkommission im Februar d. J. berathen, die Beschlußfassung jedoch vertagt, weil die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen ihre Ermittlungen über Einwirkungen dieser Tarifreform auf die Einnahmen der Bahnen für noch nicht abgeschlossen erklärten, woraus mehrfach gefolgert worden ist, daß die Staatsbahnen von Baiern Würtemberg Baden, ebenso die Bahnen der Reichslande die Vorlage überhaupt abzulehnen geneigt seien. So sehr zu bedauern wäre, wenn diese Verbesserung der deutschen Eisenbahngütertarife abgelehnt werden sollte, so läßt sich, wie offiziös bemerkt wird, doch ein einigermaßen zutreffendes Urtheil über den von der Majorität der Bahnverwaltungen zu fassenden Beschluß heute noch nicht aussprechen. Im Ausschuß der Verkehrsinteressenten, der schon vor 5 Jahren die Einführung einer zweiten Stückgutklasse für alle Güter der Spezialtarife mit fast an Einstimmigkeit grenzender Majorität angeregt hat, kann die Zustimmung der Majorität zwar als gesichert angesehen werden, es fehlt aber nicht an Stimmen, welche (im direkten Gegensatz zu den Anschauungen der süddeutschen Bahnen) die Vorlage für noch nicht weitgehend genug erachten, Erweiterungsanträge einbringen und durch ihr taktisches Vorgehen, indem sie das Bessere an die Stelle des zur Zeit allein erreichbaren Guten zu setzen bemüht sind, die Vorlage gefährden und nur der gegnerischen Haltung der süddeutschen Bahnen wider ihren Willen dienstbar sein dürften.

— Die nachfolgenden sozial-politischen Ausführungen entnehmen wir dem „Düsseldorfer Anzeiger". Da uns dieselben ebenso zutreffend wie zeitgemäß erscheinen, geben wir sie vollinhaltlich wieder:

Es ist schon häufig, aber immer noch nicht genug darauf hingewiesen worden, welchen unabsehbaren Nachtheil demokratische und sozialdemokratische Volksaufwiegler den arbeitenden Klassen durch systematische Mißtrauens-Erregungen gegen die Monarchie zufügen. Die Schwierigkeiten, welche mit der Verbesserung gesellschaftlicher Zustände verbunden sind, stellen sich an sich schon als so große dar, daß alle wirklichen Freunde der nothleidenden Klassen vor dem Verbrechen zurückschrecken sollten, diese natürlichen Schwierigkeiten und Hindernisse noch künstlich durch Verhetzung der Arbeiter gegen ihren besten und mächtigsten Freund, gegen die landesväterliche Monarchie, zu vermehren. Wenn ein hervorragendes Mitglied der konservativen Partei am 2. April im deutschen Reichstage meinte: ein erleuchtetes Königthum gebe kräftigeren Anstoß zu einer guten Sozialreform, als alle Demokratien, alle Republiken der Welt — so ist das vollkommen richtig, so daß der demokratische Abg. Kröber keine Veranlassung hatte, darauf mit Hohn zu fragen, was das erleuchtete Königthum denn vollbracht habe. Er bezeichnete die Arbeiter-Versicherung dann als eine „Kleinigkeit", gegen welche die Demokratie „zur Brechung von Sklavenketten" doch mehr geleistet habe. „Ich erinnere — fuhr er fort — nur an die französische Revolution, an die Befreiung der Negersklaven in Nordamerika. Die französische National-Versammlung brach die Leibeigenschaft und die Hörigkeit und stellte die hohe Parole der Demokratie fest in drei Worten: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, welche mehr Religion enthalten, als Herrn Stöcker's ganze Lehre!"

Was Herr Kröber hier in einigen Sätzen zu Tage förderte, ist der Inbegriff eines ganzen Systems demokratischer Geschichts-Fälschungen. Jedes Wort, was er vorbrachte, ist unrichtig und steht mit der historischen Wahrheit in Widerspruch. In Preußen beginnt das „erleuchtete Königthum" nicht erst mit der gegenwärtigen arbeiterfreundlichen Gesetzgebung. Das Hohenzollernthum war stets auch in volkswirthschaftlicher Hinsicht die verkörperte Landesväterlichkeit. Davon haben ausländische Gelehrte noch mit mehr Begeisterung Zeugniß abgelegt, als preußische und deutsche. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an den großen englischen Schriftsteller Carlyle, der die volkswirthschaftlichen Thaten Friedrich Wilhelm I. und Friedrichs des Großen in einem unsterblichen Werke verherrlicht hat. Die früheren preußischen Könige lösten die sozialen Fragen ihrer Zeit auch mit den Formen und mit den Mitteln ihrer Zeit.

„Wie es dem preußischen Königthum gelang — sagt Schmoller —, in 200jährigem Kampfe den dritten Stand, das Bürger- und Bauernthum zu retten, zu heben und mit den vorher allein berechtigten Klassen zu versöhnen, so wird es im 19. Jahrhundert den Streit des vierten Standes mit den übrigen Klassen schlichten, den vierten Stand harmonisch in den Staats- und Gesellschafts-Organismus einfügen."

Wenn Herr Kröber nur der Demokratie Geneigtheit und Fähigkeit zuspricht, „Sklavenketten zu brechen", so vergißt er, daß es in einer erleuchteten Monarchie dazu niemals des Bürgerkrieges und der Schreckensherrschaft bedarf. In

Preußen bewirkte das „erleuchtete Königthum" die Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit durch friedliche Mittel, während die Demokratie und Republik nur duch furchtbare Bürgerkriege dazu im Stande war. Auch in Frankreich wäre vor 100 Jahren ein durchgreifendes Reformwerk im Bunde mit dem wohlwollenden Ludwig XVI. ohne Revolution und ohne Schreckensherrschaft zu Stande gekommen, wenn nicht die demokratische Thorheit als dämonisches Hinderniß dazwischengetreten wäre. Der französische Geschichtsschreiber H. Taine hat diese den Demokraten allerdings höchst unbequeme Geschichtswahrheit außer allen Zweifel gestellt. Selbst die Aufhebung der Sklaverei in Nordamerika ist keineswegs dem zu danken, was in Europa als „Demokratie" gilt. Das von unseren Demokraten zurückgewiesene Christenthum spielte in der großartigen geistigen Bewegung zu Gunsten der Sklaven-Emanzipation die eigentliche Heldenrolle. Die Verschweigung dieses Umstandes gehört ebenfalls zu den Geschichtsfälschungen unserer Demokraten.

Der ungeheuerlichste Frevel gegen die historische Wahrheit besteht aber wohl in den Kröber'schen Worten, daß die demokratische „Parole" Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr Religion enthielte, als das Christenthum. Möge Herr Kröber bei Taine doch nachlesen, unter welchen blutigen Scheußlichkeiten sich diese demokratische Religion gleich in ihren ersten Anfängen offenbarte, während wirkliche Religionen grade in ihren Jugendtagen ihren vollen moralischen Glanz ausstrahlen.

Von „Gleichheit und Brüderlichkeit" gegen die Nichtbesitzenden weiß die Geschichte aus „Republiken" wenig zu berichten. „Je freier die Gesellschaft als solche sich im Staate bewegt — sagt Schmoller mit Recht — desto größeren Spielraum hat auch der Egoismus der wirthschaftlichen Klassen. Nicht in Monarchien, sondern in Republiken hat die schnödeste Klassenherrschaft sich im Laufe der Geschichte gezeigt. Eine Klasse folgt der andern in der politischen Herrschaft, und keine ist fähig, dauernde Zustände zu schaffen. Den Gefahren der Zukunft kann deshalb nur durch ein Mittel die Spitze abgebrochen werden: dadurch, daß das König- und Beamtenthum, diese einzigen neutralen Elemente im sozialen Klassenkampf, entschlossen und sicher die Initiative zu einer großen sozialen Reformgesetz-Gesetzgebung ergreifen und an diesem Grundgedanken ein oder zwei Menschenalter unverrückt festhalten."

Ausland.

Brüssel, 18. April. Bisher war blos das unbefugte Tragen von „Kriegswaffen" mit Strafe bedroht. Einer der Gesetzentwürfe, welche die Regierung am Freitag in der Kammer eingebracht hat, geht nun dahin, das Verbot ein für allemal auf Jagdgewehre und auf besonderen Erlaß der Regierung auch auf andere Schießwaffen auszudehnen. Zuwiderhandlungen werden mit acht Tagen bis sechs Monaten Haft und einer Geldbuße von 26—1000 Frs. geahndet. Ferner soll die unmittelbare Aufreizung zu Verbrechen und Vergehen, auch wenn diese erfolglos geblieben sind, mit acht Tagen bis drei Jahren Haft und Geldstrafe von 50—300 Frs. bestraft werden. Das Gesetz vom 15. Oktober 1881 betreffend Sprengstoffe soll dahin erweitert werden, daß die Herstellung, der Vertrieb und der Gebrauch von solchen Stoffen zum Zweck der mittelbaren oder unmittelbaren Verbrechen an Personen oder Gütern mit Gefängniß nach dem Ermessen des Richters und einer Geldstrafe von 200—4000 Frs. bestraft wird. Was die Entschädigung der Besitzer der verwüsteten Anstalten betrifft, so geht die Regierung von dem Gesichtspunkt aus, daß es im Interesse der arbeitenden Klassen liegt, die zerstörten Werke schleunigst wieder herstellen zu lassen; da aber die haftpflichtigen Gemeinden dazu nicht in der Lage sind, so will die Regierung den Betroffenen selbst die Gelder vorstrecken, und zwar gegen 3½prozentige Zinsen und Verpfändung der Grundstücke und der Gebäulichkeiten. Dann bleibt aber noch die Haftpflichtfrage zu lösen; wahrscheinlich wird dies durch ein besonderes Gesetz geschehen. Ferner hat die Regierung eine Art von Volkswirthschaftsrath eingesetzt, der sich mit der Prüfung der Zustände in der gewerblichen Arbeit zu befassen und Vorschläge zu deren Aufbesserung zu stellen hat. Daß, wie der Minister für Landwirthschaft und Gewerbe in seinem Berichte an den König behauptet, Belgien seiner Pflicht, für die Nothleidenden zu sorgen, nachgekommen sei, muß entschieden verneint werden. Es gehört eine starke Selbsttäuschung dazu, um zu behaupten, es sei schon durch die Zulassung der eingeschriebenen Hülfskassen, das Gesetz über die Aufnahme von Findelkindern, die verbesserte Einrichtung der Leihhäuser, die Errichtung von Gesellschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen, der Spar- und Alterskasse und der Werkgerichte viel geschehen.

Paris, 19. April. Das Gericht von Villefranche hat sich also der Ansicht der Staatsanwaltschaft angeschlossen, daß Roche und Duc-Quercy Vergehen gegen das gemeine Recht und nicht gegen das Preßgesetz begangen haben, und es ist auch darin der Staatsanwaltschaft gefolgt, daß es gegen die Angeklagten eine verhältnißmäßig harte Strafe verhängt hat. Die Verkündigung des Urtheils soll in Villefranche mit lärmenden Kundgebungen des Unwillens aufgenommen worden sein und die hiesigen kommunistischen Blätter geberden sich, als ob durch dieses Urtheil der Untergang der Welt eingeleitet worden sei, an erster Stelle natürlich die in der Person ihrer Mitarbeiter betroffenen Zeitungen „Cri du Peuple" und „Intransigeant". Für beide ist es eine ausgemachte Sache, daß die Richter von Villefranche lediglich auf Befehl der Regierung handelten, als sie ihren verurtheilenden Spruch abgaben. für sie ist die ganze Gerichtsverhandlung eine Komödie, die nur zur Verdeckung eines Justizmordes dienen solle. Rothschild und Leon Say haben die Verurtheilung verlangt, und da beide Orleanisten sind, hat die Regierung ihnen natürlich nichts abschlagen können. Da die Bergwerksgesellschaft von Decazeville unter ihren Leitern Orleanisten hat, die feiernden Arbeiter aber gute Republikaner sind, so zögerte die Regierung keinen Augenblick, sich gegen die Republikaner auszusprechen. Schändlichkeit, Niedertracht, Herausforderung zum Bürgerkriege, das Alles und noch vieles Andere hat die Regierung auf dem Gewissen! Alle diese wüsten Deklamationen könnten nun mit Fug und Recht ruhig übersehen werden, da die große Mehrheit des Volkes ganz genau weiß, was sie von den Zornausbrüchen der kommunistischen Blätter zu halten hat; leider aber ist die Mehrheit der Pariser Bevölkerung solchen Aufhetzungen noch immer zugänglich, und ich halte es jetzt für fast ganz sicher, daß Roche oder vielleicht auch Duc-Quercy bei der Nachwahl für Rochefort eine Mehrheit erhalten wird. Handelt es sich doch, wie Rochefort sagt, „um die Ehre von Paris", die befleckt sein würde, wenn es einen andern als einen dieser neuesten Märtyrer zu seinem Vertreter wählte. Und Rocheforts Einfluß und die Neigung der Pariser Bevölkerung, auf unsinnige Ideen einzugehen, ist stark genug, um die drohende „Schande" von Paris abzuwenden. Hat doch auch Clemenceau sich schon wieder einmal vor Rochefort beugen und damit das Sinken seines Einflusses auf die Pariser Wähler öffentlich zugeben müssen. Als Rochefort nämlich vor einer Woche die Kandidatur Roche aufstellte, brachte Clemenceaus „Justice" einen Herrn Accolas in Vorschlag, der große patriotische und radikale Verdienste besitzen soll, im Uebrigen aber gänzlich unbekannt ist. Diesem würden, zum mindesten in der Stichwahl, die Stimmen der Opportunisten zugefallen sein und so wäre es möglich gewesen, den radikalen Kandidaten Roche durch eine gemäßigtere Persönlichkeit zu ersetzen. Clemenceau hatte aber die Rechnung ohne Rochefort gemacht, der im „Intransigeant" in schneidender Weise erklärte, daß er den Kandidaten für seine Ersatzwahl aufzustellen beabsichtige und daß neben diesem seinem Kandidaten kein anderer radikaler Kandidat Platz habe; worauf Clemenceaus „Justice" uns benachrichtigt, daß Accolas keineswegs daran denke, bei der Wahl als Mitbewerber aufzutreten. Dieser Rückzug Clemenceaus, der kaum eine Niederlage verdecken kann, ist ein sprechender Beweis für den Rückgang des Einflusses der „regierungsfähigen" Radikalen, denen von den Kommunisten mehr und mehr das Heft aus der Hand gewunden wird Bezeichnend ist auch die heutige Sprache der „Justice", die auf der einen Seite zwar die Thaten der Roche und Duc-Quercy mißbilligt, auf der andern aber die Gesetzmäßigkeit der Verurtheilung bestreitet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. April. Unter Bezugnahme auf die Vorschrift im § 7 des Regulativs über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 26. Juli 1880 und im Anschluß an die Zirkularverfügung vom 27. Oktober 1880, betreffend die Ausführung dieses Regulativs, hat der Finanz-Minister unterm 24. v. Mts. bestimmt, daß in denjenigen Fällen, wo innerhalb eines Etatsjahres neu eingerichtete oder bei Bauausführungen neu hergestellte Dienstwohnungen an Beamte überlassen werden, der Miethzins für dergleichen Dienstwohnungen für die Zeit bis zu ihrer Aufnahme in den Etat auf den Betrag der regulativmäßigen Vergütung, mindestens aber auf den Betrag des Wohnungsgeldzuschusses festzusetzen ist.

— Nöthigt der Gemeinschuldner durch Bedrohung einen der Gläubiger zur Zustimmung zum Zwangsvergleich im Konkurse, so macht nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 23. Februar d. J., sich dadurch der Gemeinschuldner nur dann der Erpressung schuldig, wenn der von ihm angestrebte Zwangsvergleich einen Vermögensvortheil für ihn enthält.

Kunst und Literatur.

Berlin, 21. April. Frl. Jenny Stubel hatte sich ihrem früheren Direktor, Herrn Kommissionsrath Großkopf, gegenüber verpflichtet, zwei Jahre lang hierselbst nicht zu spielen. Da sie diesen Vertrag gebrochen hat, ist sie gestern auf Herrn Großkopf's Klage zur Zahlung von 1000 Mark Konventionalstrafe verurtheilt worden.

Wien, 19. April. In der verflossenen Nacht wurden aus dem österreichischen Museum durch Einbruch 20 antike Gegenstände im Werthe von 6000 Gulden gestohlen. Obwohl sich in unmittelbarster Nähe des Gebäudes eine Sicherheitswachstube befindet, konnten die Diebe doch eindringen. Wie sie die zahlreichen und schweren Antiquitäten, worunter Pokale, Schalen 2c., Bronze- und Silbersachen wegbrachten, ist bisher nicht ermittelt.

Vermischte Nachrichten.

Wien, 17. April. (Freisprechung trotz erfolgten Geständnisses.) Der Stenograph und Lehrer der französischen Sprache, Adolf Berger, erhob heute Vormittags vor dem Injurienrichter des Leopoldstädter Bezirksgerichtes die Ehrenbeleidigungsklage gegen den in der oberen Donaustraße wohnhaften Kaufmann Siegmundt und gegen die Ehegattin und den Bruder des ersteren wegen erlittener Mißhandlung und Beschimpfung auf offener Straße. Die Angeklagten stellten das thatsächlich Vorgefallene keineswegs in Abrede; der eine der Angeklagten gestand, den Kläger einen „elenden Menschen" genannt zu haben, und der zweite Angeklagte gab offen und ohne jeden Vorbehalt zu, daß er den Kläger „ordentlich durchgehaut" hatte. Ueber den Grund hierzu befragt, erklärten die Angeklagten, daß sie zu dieser Handlungsweise berechtigt waren, weil Herr Berger ihre Frauen in der unanständigsten Weise zu wiederholten Malen attaquirt hatte. Sie erbrachten ferner durch mehrere Zeugen den Wahrheitsbeweis, daß der Kläger sich nicht nur gegen viele andere im Hause wohnhafte Frauen und Mädchen in frecher und zudringlicher Weise benommen, sondern auch sogar versucht hatte, elfjährige Kinder unter verschiedenen Versprechungen auf sein Zimmer zu locken, und daß dieserhalb bereits gegen den Lehrer Adolf Berger die strafgerichtliche Untersuchung anhängig sei. Trotz dieses wahrhaft erdrückenden Zeugenmaterials bestand Adolf Berger auf die Bestrafung der beiden angeklagten Brüder unter gleichzeitiger Erklärung jedoch, daß er die Klage gegen die Gattin des einen zurückziehe. Der Vertheidiger der Angeklagten erklärte jedoch den Kläger nicht für würdig genug, als daß die Angeklagte von dieser Zurückziehung der Anklage Gebrauch machen sollte. Ein solcher Kläger verdiene keine Satisfaktion, und wenn er auf offener Straße geschimpft und geprügelt wird, so geschieht ihm nur, was ihm von Rechts wegen gebührt. Dieser Anschauung schloß sich auch der Richter an, indem er alle drei Angeklagte von der gegen sie erhobenen Anklage freisprach und in der Urtheilsmotivirung ausführte, daß insbesondere der eine der Angeklagten welcher den Kläger Adolf Berger eingestandenermaßen durchgeprügelt hatte, nur unter dem Eindrucke unwiderstehlichen Zwanges, weil seine Frau und seine Schwägerin attaquirt wurden, gehandelt habe.

— Folgende nicht üble Anekdote frischt ein russisches Blatt auf. Ein Engländer und ein Franzose promenirten einst auf einem das Meeresufer in Dover beherrschenden Kalkriffe. Das Gespräch kam auf den Selbstmord und besonders auf die unverhältnißmäßig große Anzahl der Selbstmörder in England. Der Brite behauptete, daran sei der englische Nationalcharakter schuld; er brüstete sich geradezu mit dieser nationalen Eigenschaft, die ein Monopol John Bulls sei. In anderen Ländern tödte man sich aus Noth und Verzweiflung, aus unerhörter Liebe oder unbefriedigter Rache, aus Furcht und Hoffnungslosigkeit. Nur der Engländer habe das Vorrecht, sich aus Prinzip das Leben zu nehmen, ohne irgend welche andere Motive, als den nationalen Spleen, auf den stolz zu sein jeder Brite vollkommen berechtigt sei. Selbstverständlich, daß der Franzose diese exzentrische Behauptung lebhaft bestritt. „Und wenn ich Ihnen einen schlagenden Beweis der Wahrheit meiner Behauptung liefere," rief pikirt der Engländer aus, der sich durch diesen Skeptizismus des Franzosen in seinem nationalen Selbstgefühl beleidigt fühlte, werden Sie mir dann glauben?" — „Welchen?" — „Nun wohl. Sehen Sie mich an. Was glauben Sie, habe ich irgend welche besondere Gründe, mir das Leben zu nehmen?" — „Beim Himmel nein," erwiederte lachend der Franzose, indem er in das blühende Gesicht seines Begleiters sah. — „Ich bin Baronet, habe viertausend Pfund Sterling jährliche Einnahme, besitze eine hübsche und gebildete Frau, die mich liebt und mir zwei reizende Kinder geschenkt, bin Mitglied des Unterhauses, habe die Aussicht, nach dem Tode eines kinderlosen alten Vetters in das Haus der Lords zu kommen, Pair von Großbritannien zu werden. Meine Gesundheit ist vorzüglich, mein Magen arbeitet, wie man es sich nicht besser wünschen kann; ich bin erst 43 Jahre alt. Halten Sie mich für einen Selbstmordkandidaten?" — „Ich wette Tausend gegen Eins — das Sie nie Hand an sich legen werden", sagte mit einem überzeugten Lächeln der Franzose. — „Well! Sie haben Ihre Wette verloren!" rief der Baronet aus, indem er sich kopfüber vom Kreidefelsen ins Meer stürzte.

— Wenn so viele Austern ihre Bestimmung nicht erfüllen, und im Jugendalter elendiglich zu Grunde gehen, so liegt es, nach neueren Untersuchungen von Tarr, weniger an den Raubfischen, wie an zwei winzigen Schmarotzern. Der eine, Asterias Forbesii genannt, nähert sich der Auster, die natürlich nicht fliehen kann, setzt sich auf deren Schale fest und scheidet einen Saft aus, der die Auster so schwächt, daß sie ihre Schale nicht mehr schließen kann, worauf sie von dem Feinde in aller Gemüthlichkeit verspeist wird. Ein Trupp solcher Thiere vermag in einer Nacht eine ganze Austernbank zu zerstören, und das Schlimmste ist, es giebt kein Gegenmittel, es wäre denn die Entdeckung eines Weichthieres, welchem der Asterias noch besser schmeckt. Der zweite Schmarotzer heißt Eurosalpinx. Er bohrt mit überraschender Geschwindigkeit ein Loch in die Austernschale und schabt durch die Oeffnung so viel von dem Austernfleisch heraus, als ihm gefällt. Die so verwundete Auster stirbt bald ab. Auch dagegen giebt es keine Abhülfe.

— (Der Gipfel des Geizes.) Zwei Freunde, welche sich kürzlich verheirathet haben, beklagen sich gegenseitig. „Meine Frau ist so geizig", sagt der Eine, „daß sie mir nicht einmal das Wasser gönnt, welches ich trinke." — „Mit der meinigen ist es noch viel schlimmer", erwiderte der Andere, ein großer Freund der Rebe. „Sie gönnt mir nicht einmal das Wasser, welches ich nicht trinke."

— Bräutigam: „Ich möchte am Tage nach unserer Trauung nach Ostende reisen." — Braut: „Es soll nach Deinem Willen geschehen, mein Freund." — Bräutigam: „. . . Und Dein Zeichnenprofessor, der mir so mißfällt, wird entlassen." — Braut: „Es soll geschehen." — Mutter (leise zu ihrer Tochter): „Dein künftiger Gemahl hat gar viel zu wünschen." — Braut (ebenso): „Sei ruhig, Mutter; es ist sein letzter Wille."

— (Etymologie auf dem Kasernenhof.) Feldwebel: „Und wenn Sie zehnmal Doktor der Philosophie und dem Herrn Hauptmann sein Vetter sind, mein Herr Freiwilliger, so müssen Sie doch allemal partout und fix Alles thun, was ich befehle. Da giebt's kee Gesitze nich. Sie sind Soldat und Soldat kommt her von thun sollen — und nicht von thun wollen. Wenn der Soldat seinen freien Willen hätte und thun dürfte, was er wollte, so hieße er eben nicht Soldat, sondern Wolldat. Das ist Ihnen hoffentlich klar."

Schiffsbewegung

der Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft. „Gellert", 8. April von Newyork nach Hamburg; „Borussia", 9. April von St. Thomas nach Hamburg; „Rhaetia", 27. März von Newyork, 9. April in Hamburg angekommen; „Silesia", 10. April von St. Thomas nach Hamburg; „Hungaria", 7. April von Hamburg nach Westindien, 10. April von Havre weitergegangen; „Wieland", 28. März von Hamburg, 10. April in Newyork angekommen; „Allemannia", 23. März von Hamburg nach Westindien, 11. April in St. Thomas angekommen; „Moravia", 12. April von Newyork nach Hamburg; „Hammonia", 11. April von Hamburg nach Newyork, 12. April von Havre weitergegangen; „Bohemia", 14. April von Hamburg nach Newyork; „Suevia", 2. April von Newyork, 14. April in Hamburg angekommen; „Holsatia", von Westindien kommend, 15. April in Hamburg angekommen; „Teutonia", 28. März von St. Thomas nach Hamburg, 15. April von Havre weitergegangen; „Thuringia", von Westindien kommend, 15. April in Hamburg angekommen; „Wieland", 15. April von Newyork nach Hamburg; „Rugia", 3. April von Hamburg, 17. April in Newyork angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 21. April. Der König und die Königin von Sachsen werden sich am 29. d. M. zu längerem Aufenthalt nach Sibyllenort begeben.

Dresden, 21. April. Die Königin Carola ist nach vierwöchentlichem Aufenthalte in Meran heute hierher zurückgekehrt.

München, 21. April. In der heutigen nicht öffentlichen Sitzung der Gemeindebevollmächtigten wurde beschlossen, den Magistrat zu Verhandlungen mit der baierischen Hypotheken- und Wechselbank über die Bedingungen für die Aufnahme einer Stadtanleihe von 5 Millionen zu ermächtigen, die Zustimmung aber vorzubehalten.

Wien, 21. April. Berichten aus Kanea zufolge sind gegenwärtig in der Sudabucht 62 Kriegsschiffe und 25 Torpedoboote zur Aktion gegen Griechenland vereinigt. Londoner Meldungen zufolge soll der neueste Vorschlag Englands bezüglich verstärkter Koërzitivaktion gegen Griechenland gute Chancen der Annahme seitens aller Mächte haben. Demgemäß dürfte schon in kürzester Frist an die Athener Regierung die Aufforderung ergehen, binnen 8 Tagen abzurüsten, mit dem Hinzufügen, daß für den Fall der Nichtbeachtung dieser Aufforderung Griechenland allein für alle Konsequenzen die Verantwortung zu tragen hätte.

Brüssel, 21. April. Die Frau des Deputirten Vandersmissen ist den ihr durch ihren Gatten beigebrachten Verwundungen erlegen.

Paris, 21. April. Die Besatzungen von Tourcoing, Roubaix und Armentières wurden ansehnlich verstärkt, um sozialistischen Wühlereien vorzubeugen.

Viele Zeitungen fordern, daß General de Courcy wegen Unterdrückung der Heeresarchive in Hanoi vor's Kriegsgericht gestellt werde.

London, 21. April. Die „Daily News" melden, die englische Regierung stehe mit den Großmächten in einem Meinungsaustausche über die Ergreifung entschiedener Schritte zur Vermeidung des Ausbruchs eines griechisch-türkischen Krieges, ein endgültiger Entschluß sei indeß noch nicht erzielt.

Ein Telegramm der „Times" aus Mandalay vom 15. d. besagt, die große Feuersbrunst, von welcher an diesem Tage, dem birmanischen Neujahrstage, die Stadt heimgesucht worden sei, soll durch den Thronprätendenten, Myin Zaing, veranlaßt worden sein. Die Stadt sei an 6 verschiedenen Stellen durch eine Schaar Freibeuter in Brand gesteckt worden, die Zahl der niederbrannten Häuser betrage mehrere Hunderte, der königliche Palast sei zwar gerettet, aber das Postamt, das Schatzamt und mehrere andere Gebäude innerhalb der den Palast einschließenden Umzäunung seien vom Feuer verzehrt.

Rom, 21. April. Da die Cholera nicht weiter um sich gegriffen hat, so wird die Auflösung der Deputirtenkammer dekretirt werden. Die Wahlen sollen am 23. Mai stattfinden.

Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 22. April 1886. Nr. 190.

Deutschland.

Berlin, 21. April. Am 12. d. Mts. fand die diesjährige ordentliche General-Versammlung des Vereins „Invalidendank" hierselbst statt. In Abwesenheit des Vorsitzenden des Verwaltungsrathes, des Herzogs von Ratibor, übernahm dessen Stellvertreter, der Präsident der Seehandlung, Röttger, den Vorsitz. Die Direktion legte den Rechenschafts-Bericht des verflossenen Jahres vor, aus welchem wiederum die segensreiche Wirkung des Vereins hervorging und konstatirte, daß bis jetzt allein 2271 Privatstellen den Invaliden nachgewiesen wurden. Die geschäftliche Thätigkeit war recht ersprießlich und gelangen die Ueberschüsse durch das Kriegsministerium, Departement für das Invalidenwesen, in Höhe von je 30—300 Mark zur Unterstützung an Invaliden wie deren Hinterbliebenen. Die durch Turnus ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrathes wurden wiedergewählt und besteht solcher aus folgenden Herren: Herzog von Ratibor, Vorsitzender; Geh. Ober-Regierungsrath Präsident der Seehandlung Röttger, stellvertretender Vorsitzender; Karl Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen; General Lieutenant Direktor des Departements für das Invalidenwesen von Grollmann; General-Lieutenant z. D. Freiherr von Puttkamer; Generalmajor z. D. Hindorf; Geh. Kommerzienrath Liebermann; General-Konsul Landau; Richard Hardt. Die Direktion besteht aus den Herren General-Lieutenant z. D. von Rauchhaupt und W. Brenken. Die Vereinszwecke werden erreicht durch kostenfreie Nachweisung geeigneter Erwerbsstellen an Invaliden, durch Unterstützung derselben wie deren Hinterbliebenen. In erster Reihe bringen die Erträgnisse die Annoncen-Expedition und der Billetverkauf zu sämmtlichen Privattheatern des Invalidendank, Berlin W., Markgrafenstraße 51a.

— In der heutigen Sitzung des Bundesrathes wurde der Reichstagsbeschluß über den Antrag Ausfeldt über Abänderung des Zolltarif-Gesetzes (Behandlung der Fässer) dem 3. und 4. Ausschuß, die Vorlage einer Literarkonvention mit England dem 4. und 6. Ausschuß überwiesen, dasselbe geschah mit der Vorlage, betreffend zollfreie Ablassung von metallenen, zum Schiffbau bestimmten Materialien. — Das vom Reichstage angenommene Gesetz über Unfallversicherung für Land- und Forstwirthschaft wurde angenommen, die Resolution dem Reichskanzler überwiesen. Dem Gesetz über Ausschließung der Pfändung von Eisenbahnbetriebsmaterial wurde zugestimmt. Ferner wurden die Wahlen für den neuen Senat beim Reichsgericht vorgenommen; die Stelle des Präsidenten und einer Richterstelle mit Preußen besetzt, die beiden anderen Richterstellen dem Königreich Sachsen und Großherzogthum Baden entnommen. — Die in den nächsten Tagen vorzulegenden Vorlagen über Branntwein und Zuckersteuer wurden vorläufig den Ausschüssen überwiesen. Erstere sollen bis auf Weiteres geheim bleiben. Nächste Woche findet keine Sitzung statt.

— Se. M. Kanonenboot „Wolf", Kommandant Kapitän-Lieutenant Jaeschke, ist am 21. April c. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt, am 25. d. M. die Reise fortzusetzen.

— Ueber die Auffindung einer Nihilisten-Werkstätte im Dorfe Valuta in der Nähe von Nowotscherkask wurde bereits berichtet. Die Polizei verhaftete alsbald die zwei Söhne eines Kosaken-Hetmans; der eine derselben befand sich als Kosak in seiner Heimath, der andere als Student in Petersburg. Die Folge dieser unheimlichen Entdeckung war, daß der beabsichtigte Besuch der Zarenfamilie in Nowotscherkask entweder ganz aufgegeben oder von den Resultaten der weiteren polizeilichen Erhebungen abhängig gemacht wurde. Wie heute ein Telegramm des „B. T." meldet, ist mittlerweile der eine der beiden Brüder — ihr Name ist Schernow — und zwar der Petersburger Student von der Polizei bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Die Nihilisten-Werkstätte in Valuta scheint also von den allzeit getreuen Kosaken allein eingerichtet worden zu sein.

— Einem Wiener Telegramme der „Morn. Post" zufolge haben die Kabinette von Petersburg und Paris den übrigen Großmächten ihren Entschluß angekündigt, daß sie sich der Betheiligung an irgend welchen gegen Griechenland zu ergreifenden Zwangsmaßregeln enthalten werden.

— Dem „Standard" wird aus Athen gemeldet, daß ein junger deutscher Offizier, Baron Munch, von den türkischen Behörden verhaftet und nach Konstantinopel gesandt wurde. Er hatte Griechenland bereist und, dem Rathe des britischen Gesandten zuwider, beschloß er, die Grenze zu überschreiten und auf türkischem Gebiete Beobachtungen anzustellen.

— Ueber die letzten Lebensstunden und die Persönlichkeit des Bischofs von Madrid werden die folgenden Einzelheiten gemeldet: Der Verwundete hatte die Nacht auf Montag unter schrecklichen Leiden auf seinem Lager in der Sakristei verbracht. Am Morgen nahm er einen Löffel Orangensaft, dann am Mittag einige Löffel Bouillon. Sein Verwandter, der Doktor Creus, machte ihm subkutane Morphium-Einspritzungen, doch ohne Erfolg, und um 3 Uhr Nachmittags verkündete er den baldigen Tod des Märtyrers; ein heftiges Fieber mit Delirien ging der letzten Krisis voraus. Um 5½ Uhr hauchte der Bischof in den Armen des Kardinals Benawidés, Erzbischofs von Toledo und des Marquis de la Vega de Armijo, sowie umgeben von seinen Verwandten und dem Klerus von San Isidoro, seinen letzten Seufzer aus. Der Nuntius, welcher bereits den Tag vorher telegraphisch vom Papste den Segen in articulo mortis erbeten hatte, war vier Stunden später selbst gekommen, dem Leidenden diese Tröstung zu bringen. Ein Maler hatte seine Staffelei vor dem Sterbebette aufgestellt und fertigte das Porträt des Bischofs an.

Ausland.

Amsterdam, 17. April. Gestern wurde die zweite Kammer der Generalstaaten bis auf Weiteres vertagt, ohne daß nur die geringste Aussicht auf die Beilegung der Ministerkrisis in der nächsten Zeit bestände oder irgend ein greifbarer Anhaltspunkt für die Gestaltung der Zukunft vorhanden wäre. Wohl selten ist die Lage eine so verwickelte gewesen wie im Augenblick, und was den Wirrwarr nur vermehren kann, ist der Umstand, daß im Monat Juni die Hälfte der Kammer abtreten muß, also Neuwahlen vor der Thüre stehen. In ruhigen Zeiten könnte ein solcher Zustand das Volk, wenigstens den intelligenteren Theil desselben, nicht beunruhigen. Aber die Tage des politischen Stillebens, die man in dieser Ecke Europas lange Zeit in idyllischer Unbesorgtheit dahinlebte, sind längst vorbei, eine Reihe hochernster und das Lebens-Interesse von Staat und Volk in seinen Grundbedingungen aufregender Fragen sind zu erledigen, und zwar zu erledigen ohne Säumen und Aufschub. Vom fernen Osten kommt eine Hiobspost um die andere, der Atjehkrieg, der schon Hunderte von Millionen und Tausende von Menschenleben verschlungen hat, steht seinem Ende ferner als je, die reichen Ueberschüsse sind verflegt und an ihrer Stelle weist die Kolonial-Verwaltung einen von Jahr zu Jahr sich steigernden Fehlbetrag auf; die Finanzen im Mutterlande sind in nichts weniger als blühendem Zustande, und wenn es dem jetzigen Finanzminister auch gelungen ist, den jährlichen Fehlbetrag durch alle möglichen Ersparnisse um einige Tonnen Goldes zu verringern, so läßt sich doch, wenn man unbesorgt in die Zukunft blicken will und wenn der Staatskredit nicht nothleiden soll, eine organische Umgestaltung des Finanzwesens nicht länger aufschieben; drohender als je erhebt die Sozial-Demokratie ihr Haupt, mit Zeitungs-Artikeln werden ihre Forderungen nicht aus der Welt geschafft und Einschränkungs-Maßregeln reichen auf die Dauer ebenfalls nicht aus, der Staat wird vielmehr der Frage offen in's Gesicht sehen und nach dem Vorgange anderer Staaten die soziale Frage in den Bereich seiner Thätigkeit ziehen müssen, ein Wunsch, der allerdings bei der jetzigen Art und Weise der Volksvertretung, die weit eher eine Kapital- und Besitzvertretung genannt werden muß, noch ein frommer genannt werden darf; dazu kommen noch die unseligen Wirren im Schoß der protestantischen Kirche selbst, die zwar den Staat unmittelbar nicht berühren, dafür aber das bürgerliche und gesellschaftliche Leben bis in die innersten und kleinsten Kreise aufregen und vergiften, und endlich wird angesichts des in Waffen starrenden Europas die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht ebenfalls eine Frage der Erwägung bilden müssen.

Paris, 19. April. Die französischen Tagesblätter und Politiker beschäftigen sich wiederum eifrig mit Marokko; die Einen mit einer „Grenzberichtigung", durch welche Frankreich Uffda und das Thal des Mulanga erhalten würde, die Andern ziehen vor, Marokko wirthschaftlich zu erobern, wozu mit dem Bau einer Eisenbahn von Tlemcen nach Fez begonnen werden soll. Marokko, so sagen dieselben, ist bis jetzt dem europäischen Handel verschlossen geblieben, daher ein fast gänzlich unausgebeutetes Gebiet, dessen Ausbeutung aus diesem Grunde ungleich lohnender sein würde, als diejenige Algiers und Tunesiens. Um das Volk für das neue Unternehmen zu erwärmen, müssen natürlich die Deutschen an die Bildfläche gezaubert werden. Deutschland gehe in Marokko methodisch vor. Es habe erst Gelehrte und Forschungsreisende hingeschickt, dann die Handelsleute nachfolgen lassen. Jetzt hätten dieselben in Tanger ein Blatt in französischer Sprache, „le Commerce du Maroc" gegründet, dessen erste Nummer am 22. März, dem Geburtstag des Kaisers Wilhelm, ausgegeben worden sei. Ein Handelsvertrag zwischen Marokko und Deutschland werde dieser Tage unterzeichnet werden. Die Deutschen besäßen jetzt schon mehr Faktoreien und Handelshäuser in Marokko, als die Franzosen, welche schon seit mehr als vierzig Jahren dessen Nachbarn sind. Es sei aber ganz natürlich, daß Frankreich in Marokko allein die wirthschaftlichen Verhältnisse beherrsche und keinen Nebenbuhler dort aufkommen lasse. „Die Gefahr ist nicht im Wasgau, sondern in Belgien und in Marokko", versichert die „France". „In beiden Ländern vermag die deutsche Politik Frankreich ungewöhnliche Schwierigkeiten zu verursachen. Die Kaufleute Deutschlands und Englands sind uns vielleicht gefährlicher, als das Heer des ersteren und die Seemacht des letzteren." Dies kommt fast einem Abwiegeln der sonst so chauvinistischen „France" gleich. Uebrigens ist die französische Regierung nicht unthätig in Marokko. Im Norden desselben hat sie schon verschiedene Häuptlinge gewonnen, und nach dem Süden, wo jetzt ein Aufstand ausgebrochen, geht jetzt Herr Soller ab, welcher schon vor fünf Jahren dorthin eine Forschungsreise gemacht hat.

London, 20. April. Im konservativen Lager herrscht große Verstimmung darüber, daß die Führer der Partei beschlossen haben, sich einer thätigen Betheiligung an dem Osterfeldzuge gegen die irischen Reformvorschläge der Regierung zu enthalten. Sir Michael Hicks-Beach wird am 29. d. M. in Bristol sprechen, und Tags darauf wird Baron Henry de Worms eine Ansprache an ein großes konservatives Meeting in Dewsbury halten, allein die eigentliche Agitation wird den Whigführern und den Exministern Chamberlain und Trevelyan überlassen werden. Wie die „Preß Associat." erfährt, wurde Brand's Antrag gegen die zweite Lesung der irischen Homerule-Vorlage auf Veranlassung des Marquis von Hartington so zeitig auf die Tagesordnung des 10. Mai gestellt, um derselben den ersten Platz zu sichern. Sollte keine ähnliche Resolution angemeldet werden, so wird die Verwerfung der Vorlage wahrscheinlich von Lord Hartington selber beantragt werden. Die Debatte zur zweiten Lesung der irischen Verwaltungsvorlage wird voraussichtlich drei Wochen dauern. Die Abstimmung dürfte am 25. Mai erfolgen. Es heißt, daß, wenn die zweite Lesung nur mit einer kleinen Mehrheit genehmigt wird, Gladstone die Vorlage zurückziehen und im nächsten Jahre einen neuen Plan vorlegen wird. Im Hause der Gemeinen herrscht die Annahme vor, daß der Premier nach Ostern vorbereitet sein werde, die Vorlage weiter umzuändern, um die radikalen Gegner derselben zu versöhnen. In diesem Falle würde das Reichsparlament wahrscheinlich die Befugniß behalten, alle Akte des irischen Parlaments zu revidiren, während das Landaakaufsgesetz beträchtlich eingeschränkt werden wird

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. April. Die meisten Realkredit-Institute (Pfandbrief-Institute, Hypothekenbanken, Sparkassen u. s. w.) und viele Privat-Kapitalisten pflegten und pflegen noch heute als Bedingung für die Beleihung von Gebäuden zu stellen, daß dieselben bei der öffentlichen Feuersozietät des betreffenden Bezirkes versichert seien, weil hierdurch dem Gläubiger eine größere Sicherheit für den Fall des Abbrennens der Gebäude geboten würde als bei der Versicherung der Aktien-Gesellschaften. Letztere haben hieraus Veranlassung genommen, neuerdings in ihren Bedingungen den Hypothekengläubigern gewisse größere Berechtigungen und Sicherheiten zuzugestehen, als sie es früher thaten, und behaupten nun in einer ganzen Reihe öffentlicher Blätter „keine öffentliche Feuersozietät gewähre den Hypothekengläubigern eine solche Sicherheit, wie sie denselben von den Privatgesellschaften geboten werde."

Diese Behauptung ist ganz unrichtig. Bei den meisten öffentlichen Feuersozietäten begreifen die betreffenden Reglements-Bestimmungen nicht allein die sämmtlichen von den Aktien-Gesellschaften zum Schutze der Hypothekengläubiger getroffenen neueren Maßnahmen, sondern gehen noch immer erheblich darüber hinaus. Bei den Aktiengesellschaften beschränkt sich der Schutz nach ihren allgemeinen Bedingungen darauf, daß die Hypothekengläubiger, wenn die Versicherung in Kraft besteht, im Brandfalle auch dann gedeckt sind, wenn der Versicherte selbst des Anspruchs auf Entschädigung verlustig geht. Ein weiter gehender Schutz kann bei ihnen nur durch besondere Vereinbarung erreicht werden. Bei den verschiedenen öffentlichen Sozietäten weichen zwar die Bestimmungen im Einzelnen vielfach von einander ab, allein als Regel läßt sich für die meisten Sozietäten sagen, daß der Schutz der Hypothekengläubiger in folgenden Beziehungen bei ihnen weiter geht als bei den Aktien-Gesellschaften:

Zunächst kann bei den Sozietäten eine Gebäudeversicherung überhaupt nicht, wie bei den Privatgesellschaften, von selbst ablaufen, braucht also auch nicht erneut zu werden, sondern läuft ununterbrochen fort, bis der Versicherte seinen Austritt anmeldet. Ein solcher Austritt, sowie eine etwaige Verminderung der Versicherungssumme seitens des Versicherten kann aber nur unter Zustimmung sämmtlicher in das Grundbuch eingetragenen Hypotheken-Gläubiger erfolgen.

Ferner erlischt die Versicherung bei den öffentlichen Sozietäten nicht, wie bei den Aktiengesellschaften, durch Nichtzahlung der Beiträge, und auch das Inkrafttreten der Versicherung hängt nicht von der erfolgten Beitragsleistung ab, vielmehr werden die Beiträge wie öffentliche Abgaben behandelt.

Des Weiteren bleibt die Entschädigungspflicht bezw. die Versicherung überhaupt bei den öffentlichen Sozietäten in einer Anzahl von Fällen (Vermehrung der Feuersgefahr, Eigenthumswechsel u. s. w.), in welchen sie bei den Aktiengesellschaften auf Grund ihrer allgemeinen Versicherungsbedingungen ohne Weiteres erlischt, fortbestehen.

In den sehr seltenen Fällen, in welchen die Aufhebung oder Herabsetzung einer Versicherung seitens der Anstalt nothwendig wird, macht letztere den eingetragenen Gläubigern zur Wahrnehmung ihrer Interessen (event. bei der Direktion der Anstalt selbst) rechtzeitig Mittheilung.

Die Entschädigungspflicht der Sozietäten auch für Brandschäden, welche die Folge eines Ueberfalles durch bewaffnete Macht oder unrechtmäßige Gewalt, bürgerlicher Unruhen, eines Aufruhrs oder eines Erdbebens sind, welche Brandschäden die Privatgesellschaften nicht vergüten, kommt auch den Gläubigern zu Gute.

Der Schutz wird im obigen Umfange bei manchen Sozietäten nicht nur denjenigen Gläubigern, welche sich etwa gemeldet haben, sondern allen im Grundbuche eingetragenen Gläubigern gewährt, so daß es der Ausstellung besonderer Reverse an die sich meldenden Gläubiger, wie bei den Privatgesellschaften, gar nicht bedarf.

Die Sicherung der Hypothekengläubiger und damit die Förderung des Realkredits bildet von jeher eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Feuersozietäten, und es ist lediglich als eine Spekulation auf die Unkenntniß des Publikums zu bezeichnen, wenn ihre Gegner in einer Anzahl von Zeitungen u. s. w. die Behauptung aufstellen, die Privatgesellschaften leisteten nach dieser Richtung mehr. Ganz sinnlos aber ist die an die bezüglichen Behauptungen geknüpfte Notiz, daß (trotz ihrer angeblichen geringeren Leistungen) die öffentlichen Sozietäten den Versicherungszwang

hinsichtlich der Gebäude wieder anstrebten. Denn bei den Zwangsanstalten (z. B. in Berlin, Hamburg, Breslau, Stettin, Thorn und den meisten außerpreußischen Staaten Deutschlands) ist der Schutz der Hypothekengläubiger ein ganz selbstverständlicher, lediglich durch den Zwang gesicherter und bildet einen der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung des Zwanges.

— Die gestrige, stark besuchte ordentliche Versammlung des Bezirks-Vereins „Mittelstadt" wurde um 8½ Uhr durch Herrn Pée mit einigen geschäftlichen Notizen eröffnet. Alsdann erhielt Herr Ober-Ingenieur Betke das Wort zu einem einstündigen, äußerst interessanten Vortrage über Schornsteinrauch, seine Belästigung und die Mittel zur Abhülfe. Nachdem er das Wesen des Rauches erklärt, das Unangenehme und Gesundheitswidrige desselben ausgeführt hatte, gab er einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die schon im Anfange des 17. Jahrhunderts beginnenden Agitationen für Abhülfe aller dieser Uebelstände. Er kam schließlich zu dem Gedanken, daß eine Zentralheizung durch Gas das Ideal der Heizung und nur noch eine Frage der Zeit sei, daß aber die Heizungsfrage nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall behandelt werden könnte. Lebhafter Beifall lohnte dem Vortrage, an den sich eine längere Diskussion schloß, die namentlich von mehreren Fachmännern geführt wurde. Auf Antrag des Herrn Dr. Freund wurde beschlossen, sich mit dem Vorstand der Garnison-Bäckerei in Verbindung zu setzen, da in Folge mangelhafter Anlagen der Qualm aus der Bäckerei die Nachbarschaft in unverantwortlicher Weise belästige. — Der zweite Punkt der Tagesordnung (Straßenreinigung) gab Anlaß zu einer äußerst lebhaften Diskussion zwischen mehreren anwesenden Hauswirthen und Miethern, da ein Jeder von ihnen gern die Kosten der Straßenreinigung der anderen Partei überwiesen wissen wollte. Es wurde dann beschlossen, in Gemeinschaft mit den anderen Bezirks-Vereinen die von uns bereits früher erwähnte Petition an den Magistrat zu richten, in welcher derselbe ersucht werden soll, eine gemeinsame gleichmäßige Reinigung der Straßen herbeizuführen, deren Modus ja dann später erst zu bestimmen sei. — Der Inhalt des Fragekastens wurde der vorgeschrittenen Zeit halber nicht mehr erledigt. Schluß 10½ Uhr.

— In der städtischen Turnhalle in der Wallstraße wurde heute Vormittag die Ausstellung der für die Lotterie des Pestalozzi-Vereins bestimmten Gewinne eröffnet und bietet dieselbe eine überaus reiche Auswahl meist praktischer, werthvoller Gegenstände. Gegenüber dem Eingang steht der Hauptgewinn, ein Pianino aus der hiesigen Pianofortefabrik des Herrn Kommissionsrath Wolkenhauer, dessen Klangfülle ganz vorzüglich ist. Auf langen Tafeln und an den Wänden sind sodann die übrigen Gewinne sehr wirkungsvoll ausgestellt, neben Nähmaschinen finden wir prächtige Teppiche, ein Tisch ist mit Alfenide-Gegenständen bedeckt, auch Damen- und Herren-Taschenuhren fehlen so wenig wie Regulatoren. Weiter sind Wirthschafts-Gegenstände in praktischer Auswahl sehr zahlreich vertreten, auch Wäsche- und Wollwaaren fehlen nicht. Für einige Kreise dürften auch die prachtvoll ausgestatteten Bücher und Bilder sehr begehrenswerth erscheinen, während Andere wieder an einer der großen Lampen mehr Geschmack finden dürften — kurz, ein Jeder dürfte einen für ihn passenden Gewinn finden und werden während der Ausstellungszeit noch Viele Gelegenheit nehmen, sich Loose anzukaufen, von denen noch ein kleiner Vorrath vorhanden und in der Ausstellung zu haben ist. Dieselbe wird während der Festtage geöffnet sein. Die Ziehung erfolgt bekanntlich am 27. Mai.

— Von den bisher zum Verkauf gelangten kombinirten Rundreisebillets (mit feststehender Route) wird ein sehr großer Theil fernerhin nicht mehr ausgegeben werden. Unter Anderem sind die sämmtlichen von Berlin ab lautenden festen Rundreisebillets des deutsch-österreichisch-ungarischen Verkehrs eingezogen, und ebenso diejenigen der Strecke Berlin—Köln—Trier—Metz—Saarbrücken—Frankfurt a. M.—Berlin. — Wie nunmehr amtlich bekannt gemacht wird, soll am 1. Mai für kombinirbare Rundreisebillets eine zweite Ausgabestelle auf dem Anhalter Bahnhof, Eingang vom askanischen Platz links vom Hauptportal, eröffnet werden. Dieselbe wird zur Annahme von Bestellungen auf kombinirbare Rundreisebillets bezw. Ausgabe letzterer bis auf Weiteres an den Wochentagen von früh 9 bis 6 Uhr Abends, an den Sonn- und Festtagen von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Nachmittags geöffnet sein. Einer neueren Bestimmung zufolge sind diese Ausgabestellen berechtigt, bei der Bestellung von kombinirbaren Rundreisebillets ein Angeld von 1 bis 3 Mark zu erheben, welcher Betrag bei Abnahme des Billets vom Fahrpreise gekürzt wird. Dagegen soll die Zurückerstattung nicht erfolgen, wenn das Billet nicht abgehoben wird. Im Interesse der rechtzeitigen Lieferung der Billets wird es also zweckmäßig sein, den schriftlichen Bestellungen gleich einen entsprechenden Betrag beizufügen. Für die Bestellung selbst werden dazu geeignete Formulare unentgeltlich verabfolgt. Das Verzeichniß der Rundreisekupons, welches auch alle näheren Bedingungen angiebt, nebst der zugehörigen Eisenbahnkarte wird vom 1. Mai ab für 50 Pf. käuflich abgelassen.

— Im Stettiner Handwerker-Verein hielt gestern Abend in Wolffs Saal der Ingenieur und Fachschullehrer Herr W. Lange einen interessanten Vortrag über die Nähmaschinen und deren Bedeutung für Werkstatt, Haus und Familie, indem er gleichzeitig an einer Anzahl von Herrn Geletneky zur Verfügung gestellter Nähmaschinen die Einrichtung und die einzelnen Theile derselben auseinandersetzte. Als ganz neu wurde dabei auch eine Nähmaschine mit Musik vorgeführt, bei welcher die Arbeit der Näherin durch „sanfte Leierkastentöne" begleitet wird.

— Dem Komitee für den Stettiner Pferdemarkt ist nunmehr die Genehmigung ertheilt, den Markt auch in diesem Jahre auf dem Exerzierplatz bei Fort Preußen abzuhalten und werden bald nach dem Osterfest die Baulichkeiten dazu begonnen werden.

— Woher die Namen Charwoche, Gründonnerstag, Charfreitag? Das Wort Char oder Kar ist, wie fremd es auch klingen mag, kein fremdes, sondern ein deutsches Wort. Schon im Mittelhochdeutschen finden sich die Namen Kartac, Karfritac. Kar kommt her vom althochdeutschen chara, Wehklagen, Trauer. Charasang heißt Klagelied. Es ist hier die stille, innere Trauer gemeint, im Gegensatz zu heftigem Wehklagen. Daher auch der gebräuchliche Ausdruck: „Stille Freitag." Das verwandte Wort im griechischen heißt Kara und bedeutet Sorge, im angelsächsischen cearu, Leid, Kummer, im gothischen quarian. Charwoche wird hiernach die Woche der Trauer, des tiefinneren Schmerzes bedeuten, der von keinem Freudenakte entweiht werden darf; ist diese Woche ja die Leidenswoche des Herrn, in welcher er unsäglichen Schmerz gelitten und wir klagend diesen Schmerz empfinden und auch ausdrücken in den sogenannten Klageliedern. Die Bedeutung des Charfreitags = Karfritac oder Kartac, des Tages, an welchem der Herr sein Leiden vollendete, ergiebt sich hieraus von selbst; es ist der eigentliche Klagetag der Christenheit um den Tod des Herrn des Lebens. Jede Freudenfeier ist eine Entheiligung des Tages. Das Wort Gründonnerstag wird in mehrfachem Sinne gebraucht. Grün heißt im althochdeutschen gruoni, altsächsisch groni, englisch green, gothisch groni. Bringt man das Wort aber mit grunni (Trauer, Klage) in Verbindung, so würde Gründonnerstag so viel bedeuten als Jammertag. Dies scheint also näher zu liegen, denn am Gründonnerstag hat das Leiden Christi begonnen. Die Namen Gründonnerstag und Charfreitag kommen übrigens nur in Deutschland vor. Schon im zwölften Jahrhundert finden wir gruëne, grune dunrestac, nach dem mittelalterlichen dies viridum (Tag der Grünen), d. h. der öffentlichen Büßer. Weiterhin hat man noch folgende Namen gefunden: „Des Herrn Primiztag", weil Christus an diesem Tage zuerst sein heiliges Opfer darbrachte, „Priester-Ostertag", weil an diesem Tage der Herr seinen Aposteln die heilige Kommunion darreichte, daher jetzt noch die katholischen Priester an diesem Tage kommuniziren. Auch sind die Namen üblich: gronen donderdagh, witten donderdagh, mengeldagh und mendeldagh. Grüner Donnerstag hieß er zum Andenken an das jüdische Passahmahl und die bittern Kräuter, welche dazu genossen wurden. Noch heute wird in manchen Familien beim Mittagsmahl am grünen Donnerstag von leicht überwinterden Pflanzen, wie Sellerie, Petersilie, Spinat, Porree, Salat, Sauerampfer und Kerbel genossen.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten in Grabow wurde zunächst von mehreren Kassen-Revisions-Protokollen Kenntniß genommen und über ein eingegangenes Beschwerdeschreiben zur Tagesordnung übergegangen. An Stelle des Stadtraths Matthiaß, welcher sein Amt niedergelegt hat, wird Herr Stadtrath Seidel zum Kreistagsabgeordneten gewählt. Zur Vorbereitung der Neuwahl eines unbesoldeten Stadtraths an Stelle des Herrn Matthiaß wird eine Kommission gewählt, doch beschloß die Versammlung, Herrn Matthiaß beim Scheiden aus seinem Amt als Stadtrath mit Rücksicht auf die langjährigen treuen Dienste für die Stadt den Titel „Stadtältester" zu verleihen. — Nachdem der Magistrat bereits auf ein Gesuch wegen Uebertragung einer Lotterie-Einnahmestelle an die Stadt abschlägig beschieden ist, wird beschlossen, in derselben Angelegenheit ein erneutes Gesuch abzusenden. — In einer der letzten Sitzungen beschäftigte sich die Versammlung mit einer Vorlage betreffend den Bau eines Postgebäudes in Grabow; als Bauplatz wurde das städtische Grundstück Langestraße 86 in Aussicht genommen und 50,000 Mark an Baukosten unter der Voraussetzung bewilligt, daß das kaiserliche Postamt dies Gebäude gegen eine bestimmte Pacht (ca. 4000 Mark) auf 20 Jahre übernehmen würde. Das General-Postamt hat sich hiermit jedoch nicht einverstanden erklärt, da es die Pacht zu hoch hält; es hat jedoch den Vorschlag gemacht, das Grundstück einem Unternehmer zum Bau eines Postgebäudes zu überlassen, von dem es dasselbe sodann gegen eine mäßigere Pacht übernehmen würde. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit zwischen dem General-Postamt und dem Magistrat sollen noch fortgesetzt werden. — Ohne Debatte werden die Kosten für die Einrichtung einer neuen Schulklasse und für Regulirungsarbeiten vor dem Hause Breitestraße 2 bewilligt. — Von der Verpachtung des Marktstandgeldes wird Kenntniß genommen.

— In Misdroy wird ein neues großes Kurhaus, sowie ein Warmbadhaus erbaut werden und ist hierzu als Baustelle bereits das Leseunesche Grundstück von der Gemeinde angekauft. Die Kosten der Baulichkeiten sind auf 1,500,000 M. veranschlagt.

— Der „Starg. Ztg." wurde ein Brief eines Guts-Inspektors aus der Nähe von Bartschin (Reg.-Bez. Bromberg), datirt vom 20. April, zur Verfügung gestellt, in welchem sich folgende sensationelle Stellen befinden: „Erwartungsvolle Tage stehen der Provinz Posen bevor. In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag sollen alle Deutschen ermordet werden; es soll demnächst ein vollständiger Polenaufstand stattfinden. Ein Schmied und ein katholischer Prediger sollen bereits verhaftet worden sein. Ersterer soll Sensen und dergleichen angefertigt haben. Nach Inowrazlaw kommt am Freitag Militär. Deutsche Offiziere rekognosziren alle Wege. „Heute habe ich mir Pulver und Schrot die Menge aus der Stadt mitbringen lassen. Nun sitzen wir und machen Patronen . . Ich schlafe stets mit geladenem Gewehr . . . Unsere Bande werden wir hier wohl zügeln können, wenn nicht mehr kommen; wir besitzen 3 Gewehre und 1 Revolver, und es sind 5 deutsche Knechte im Dorfe."

— In der kürzlich in Stargard abgehaltenen Versammlung von Spiritus-Interessenten haben sich bereits 82 Mitglieder mit je 3000 Mk. zur Erreichung eines Lagerhauses in Stettin eingezeichnet. Jedes Mitglied erhält einen Grundschuldbrief von 3000 Mk. von der Vertrauensperson, welche das Geschäft auf ihren Namen in Stettin errichten soll. Eine Produktionbeschränkung wurde in Stargard nicht beschlossen. Vom Zweigverein der pomm. ökonomischen Gesellschaft in Stettin trat in dessen Versammlung am 17. d. M. kein Brennerei-Besitzer dem obigen Vorhaben bei.

Aus den Provinzen.

Stargard, 21. April. Heute wurde im hiesigen Kreishause an Stelle des verstorbenen Herrn Spiegel-Neu-Damerow die Wahl eines Kreistags-Abgeordneten für den Großgrundbesitz Saatziger Kreises vorgenommen. Es fielen 17 Stimmen auf Herrn Freiherrn von Wangenheim-Klein-Spiegel, 13 Stimmen auf Herrn Holzkamm-Kempen. Ersterer ist somit gewählt.

Kunst und Literatur.

Florenz in Wort und Bild. Geschichte — Kulturgeschichte — Kunstgeschichte von Rud. Kleinpaul. Mit 200 Illustrationen In 20 Heften à 1 Mark. Leipzig, Schmidt und Günther. 1. Heft.

Florenz hat für Europas Bildung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, denn Florenz hat die römische Hinterlassenschaft mit griechischem Geiste befruchtet und eine neue Kultur, die italienische, daraus gemacht; das Mediceische Zeitalter ist fast großartiger als das Augusteische zu nennen!

Wie der Titel besagt, so wird das Werk der Geschichte, die Kulturgeschichte und die Kunstgeschichte von Florenz bringen; Rudolph Kleinpaul, der viele Jahre in Florenz gelebt hat, ist dazu berufen, wie selten Jemand, die berühmte Stadt zu schildern; daß er dies in vortrefflicher Weise versteht, hat er durch sein großes Werk über Rom bewiesen, das seiner Zeit großen Beifall fand. Und so wird er auch hier wieder ein schönes Werk liefern, da er in Bezug auf die äußere Ausstattung von der bekannten Verlagshandlung in der besten Weise unterstützt wird. Das 1. Heft liegt uns vor und können wir nur sagen, daß man ein hoch interessantes und schönes Werk erwarten darf. Jeden, der Florenz gesehen, wird es freuen, die geradezu vortrefflichen Illustrationen, wie die große Hauptansicht von Florenz, den herrlichen Palazzo Vecchio, sowie die liebliche Flora von Tizian zu sehen, außer den zahlreichen andern Bildern, unter denen wir eines besonders anmerken wollen, ein authentisches Porträt der berüchtigten Markgräfin Mathilde von Canossa, der einstmaligen Herrin von Florenz. [127]

Vermischte Nachrichten.

— Einen vorzeitigen Heiterkeitsabschluß fand kürzlich Nicolai's Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" im Theater zu Chicago. Es war im dritten Akt, in dem reizenden Terzettino zwischen Falstaff und den beiden Frauen, als die Letzteren, von Falstaff's Armen umschlungen, ihm plötzlich unbeabsichtigt eng an die Brust sanken. Gleichzeitig brach das Publikum in ein unbändiges Gelächter aus, und man sah den edlen Ritter John Falstaff plötzlich ganz dünn und mager geworden, an dem die weiten Kleider wie um einen Kleiderstock schlotterten. Der Gummipolster, der die Stelle des Schmeerbauches vertrat, war im Eifer des Spiels geplatzt, und die Wirkung war eine so überwältigend komische, daß die Sänger vor Lachen nicht mehr singen, das Orchester nicht mehr spielen konnte, und unter homerischem Gelächter des Publikums der Vorhang fallen mußte.

— („Ick bin de Prins.") Der als König von England so beliebt und groß gewordene Wilhelm von Oranien (er regierte von 1688—1702 als Wilhelm III) ward in seiner Kindheit von seiner Umgebung sehr falsch behandelt; denn man schwatzte dem Knaben beständig vor, er verdiene die Bewunderung der ganzen Welt. Natürlich setzte er sich das in den Kopf, und als er im Alter von sechs Jahren einmal auf dem Markt in Leyden einen Bauer Krabben feilhalten sah, forderte er für zwei Stüber, gab aber kein Geld, sondern erklärte: „Ick betahl nick, ick bin de Prins." Ehe er sich's versah, applizirte der Bauer ihm eine gründliche Maulschelle und hätte es schwerlich dabei bewenden lassen, wäre nicht eine gute alte Frau hinzugetreten, welche den Mann bezahlte. Den kleinen Prinzen machte bei seinem guten natürlichen Verstande die Lektion nachdenklich, er trat nie wieder mit ähnlichem Selbstbewußtsein auf und hütete sich vor Ohrenbläsern, die ihn zum Dünkel verleiteten.

— Heinrich, der jeden Tag traurig aus die Schule heimgekommen war und auf die Frage nach der Ursache jedesmal zur Antwort gegeben hatte: „Ich bin wieder eins hinunter gekommen!" kam eines Tages ganz froh und wohlgemuth nach Hause. „Heute ist Dir's gewiß gut gegangen in der Schule," sagte die Mutter, „weil Du so fröhlich bist." „Jetzt komm ich nicht mehr hinunter!" sagte Heinrich und schnalzte mit den Fingern. „Nun, willst Du jetzt fleißiger sein?" fragte die Mutter. „Nein," sagte Heinrich mit fröhlicher Miene, „ich bin jetzt der Unterste!"

— (Ein elektrisches Schnürleib!) Wir erinnerten kürzlich daran, daß, wer einen Raum betritt, in welchem viele Dynamomaschinen arbeiten, gut thut, die Uhr draußen liegen zu lassen, weil diese leicht magnetisch wird und alsdann den Dienst versagt. Eine Dame, welche kürzlich ein Elektrizitätswerk besuchte, hatte diese Vorsicht nicht außer Acht gelassen, war aber nicht wenig erstaunt, als die Uhr trotzdem gleich darauf schrecklich nachzugehen anfing. Es wurde nach der Ursache geforscht und die Entdeckung gemacht, daß die Stahlreifen in ihrem Schnürleib magnetisch geworden waren und die Uhr in der Weise beeinflußten.

— Frau des Hauses (zum Hausarzt): „Was, Doktor, Sie dichten auch?" Der Gefragte: „Hin und wieder, in müßigen Stunden, um die Zeit zu tödten!" Madame: „Um die Zeit zu tödten, — ich verstehe, das liegt im Beruf!"

Teplitz-Schönau, 20. April. Das herrliche, warme Frühlingswetter hat schon eine bemerkbare Anzahl von Fremden hergeführt; denn man begegnet schon öfter neuen Gesichtern, welche den Kurort promenirend durchpilgern. Bald wird die Fremdengesellschaft auffallender hervortreten; vom 1. Mai an beginnen nämlich die öffentlichen, Jedermann unentgeltlich zugänglichen Konzerte der Teplitzer städtischen 36 Mann starken Kurmusikkapelle, welche täglich Morgens von ½7 bis 8 Uhr im Kurgarten und Mittags von 11 bis 1 Uhr im Fürst Clary'schen Schloßgarten spielen wird; ihren Musikaufführungen pflegt der größte Theil des Badepublikums mit Vorliebe anzuwohnen. An Stelle des früheren Leiters der Kapelle, Musikdirektors Karl Peters, der nach sechszehnjähriger Thätigkeit resignirt hat und dem vom Stadtverordneten-Kollegium für seine ausgezeichnete Dienstleistung der wohlverdiente Dank ausgesprochen worden ist, wurde der hiesige Theaterkapellmeister Anton Wosahlo, eine in Fachkreisen mit großer Anerkennung genannte künstlerische Persönlichkeit berufen, dem es gewiß gelingen wird, den guten Ruf unseres Kurmusikorchesters immer mehr zu erhöhen und zu verbreiten.

Bankwesen.

Finnländische 4½ prozentige Staatsanleihe von 1881. Die nächste Ziehung findet 1. Mai statt. Gegen den Koursverlust von ca. 3 pCt. bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger in Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 8 Pf. pro 100 M.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. April. Der Generalmajor Blazekovic ist heute zum Statthalter für Dalmatien ernannt worden. Die Konferenz mit den Delegirten Rumäniens bezüglich des Handels-Vertrages wurde hier geschlossen und werden die Unterhandlungen in Bukarest fortgesetzt werden.

Wien, 21. April. Die „Wiener Abendpost" erfährt, daß bei näherer Erörterung aller für den Abschluß des neuen österreichisch-rumänischen Handelsvertrages prinzipiell wichtigen Punkte, auf welche sich die Wiener Berathungen ausdrücklich beschränkten, zwischen den Delegirten Oesterreich-Ungarns und Rumäniens sich nirgends solche Differenzen ergaben, welche die Fortsetzung der Verhandlungen in Frage stellen würden. Die Delegirten beschlossen daher, diese Vorberathungen zu schließen und weitere Verhandlungen schleunigst, womöglich noch im Laufe der kommenden Woche, in Bukarest aufzunehmen, weshalb sich die österreichisch-ungarischen Kommissäre schon zum Beginn der nächsten Woche nach Bukarest begeben dürften.

Paris, 21. April. Dem „Temps" zufolge soll der französisch-chinesische Vertrag am 25. d. M. unterzeichnet worden sein.

Paris, 21. April. Die Deputirtenkammer genehmigte den Anleihegesetzentwurf mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen. Bei der Spezial-Berathung der Vorlage betreffend die Ausstellung im Jahre 1889 wurden die Anträge, wonach die Aussteller für ihren Ausstellungsraum zahlen und wonach fremdes Baumaterial und fremde Arbeiter von den Ausstellungsarbeiten ausgeschlossen werden sollten, abgelehnt, und die Vorlage in der Schlußabstimmung unverändert mit 350 gegen 151 Stimmen angenommen.

Der Senat hat sich bis zum 25. Mai vertagt.

Brindisi 21. April. In der Zeit von gestern Mittag bis heute Mittag sind hierselbst sechs Personen an der Cholera erkrankt und davon zwei gestorben. Von den früher Erkrankten ist einer gestorben.

Konstantinopel, 21. April. Der russische Botschafter v. Nelidoff hierselbst und der russische Gesandte in Athen sind heute nach Livadia abgereist. Server Pascha wird sich am Freitag ebendorthin begeben. Schakir Pascha ist nach Sofia abgereist und überbringt dem Fürsten Alexander den Ferman über dessen Ernennung zum General-Gouverneur von Ostrumelien.